

Protokoll

Gremium: Kreistag

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 16.03.2017
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:00 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Mitglieder

Herr Landrat Jörg Bensberg

Kreistagsabgeordnete/r

Herr Carlos Autenrieb
Frau Sylvia Bäcker
Frau Claudia Beeken
Herr Knut Bekaan
Herr Thorsten Bohmann
Herr Hartmut Bruns
Frau Maria Bruns
Herr Jörg Brunßen
Herr Jürgen Drieling
Herr Hergen Erhardt
Frau Heidi Exner
Herr Joachim Finke
Herr Axel Hohnholz
Herr Heino Hots
Herr Jan Hullmann
Frau Manuela Imkeit
Herr Gerold Kahle
Herr Georg Köster
Herr Rüdiger Kramer
Frau Susanne Lamers
Herr Frank Lukoschus
Herr Peter Meiwald
Herr Wolfgang Mickelat
Frau Susanne Miks
Herr Jens Nacke
Herr Hermann Nee
Herr Frank Oeltjen
Herr Hartwin Preussner
Frau Sigrid Rakow
Herr Karl-Hermann Reil
Herr Eckhard Roese
Herr Dennis Rohde
Frau Monika Sager-Gertje

Herr Harald Schmidt
Herr Lars Schmidt-Berg
Frau Kirsten Schnörwangen
Herr Andreas Stadlik
Frau Birgit Stadlik
Frau Irmgard Stolle
Frau Freia Taeger
Herr Jörg Weden
Frau Kira Wiechert
Herr Torsten Wilters
Frau Barbara Woltmann

von der Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann
Herr Kreisrat Ingo Rabe
Herr Leitender Kreisverwaltungsdirektor Dr.
Thomas Jürgens
Herr Kreisverwaltungsdirektor Ralf Denker
Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Klein-
schmidt

Protokollführer

Frau Annemarie Schröder

Abwesend:

Kreistagsabgeordnete/r

Herr Bernd Janßen
Herr Hartmut Orth

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreistages vom 08.12.2016
- 5 Verwaltungsbericht
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Ergänzung des Sozialausschusses um beratende Mitglieder
Vorlage: BV/182/2017
- 8 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters des Landkreises Ammerland im Aufsichtsrat der DEULA Westerstede

Vorlage: BV/195/2017

Kreisausschuss 08.03.2017

- 9** Besetzung des Schulausschusses
Vorlage: BV/181/2017
- 10** Bestimmung eines Vertreters des Städte- und Gemeindebundes Kreisverband Ammerland und eines Stellvertreters für den örtlichen Beirat gem. § 18 d SGB II
Vorlage: BV/180/2017
- 11** Beamte auf Zeit; Erster Kreisrat und Kreisrat - Verzicht auf Ausschreibungen
Vorlage: BV/189/2017
- 12** Beamter auf Zeit; Wahl des Ersten Kreisrates
Vorlage: BV/190/2017
- 13** Beamter auf Zeit; Wahl des Kreisrates
Vorlage: BV/191/2017
- 14** Abberufung und Berufung von Prüferinnen des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 154 Abs. 2 NKomVG
Vorlage: BV/179/2017
- 15** Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Senats für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) bei dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht
Vorlage: BV/183/2017
- 16** Evaluation des Klimaschutz- und Energiekonzeptes 2017
Vorlage: MV/083/2017
- 17** Erweiterung des schulischen Angebots der Berufsbildenden Schulen Ammerland - Errichtung des Bildungsganges Fachschule - Fachrichtung Sozialpädagogik
Vorlage: BV/170/2017
- 18** Neubau und Ersatzbau von Radwegen an Kreisstraßen
Vorlage: BV/175/2017
- 19** Verschleißdecken- und Moorstreckenerneuerungsprogramm 2017
Vorlage: BV/176/2017
- 20** Radwegeerneuerungsprogramm 2017
Vorlage: MV/071/2017
- 21** Verkehrssicherheitskampagne
Vorlage: MV/072/2017
- 22** Bedarfsplan für den Rettungsdienst 2017
Vorlage: BV/154/2016

- 23** Mitteilungen des Landrates
- 24** Anfragen und Hinweise
- 25** Einwohnerfragestunde
- 26** Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Taeger eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Anwesenheit der einzelnen Kreistagsabgeordneten wird festgestellt, der Kreistag ist beschlussfähig.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreistages vom 08.12.2016

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Verwaltungsbericht

Landrat Bensberg erstattet den Verwaltungsbericht, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Zu TOP 6 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des OBV Torsholt, Herr Harms, führt zum Radwegeerneuerungsprogramm aus, dass die Torsholter Bürger über den geplanten Bau des Radweges an der K 349 von Torsholt bis nach Willbrok sehr erfreut seien. Er bittet darum, den Fahrradweg innerörtlich bis zum Ortsausgang in Richtung Mansie zu verlängern. In diesem Bereich würden sich zwei gefährliche Kurven befinden und eine Verlängerung des Radweges würde Radfahrer und Fußgänger im Straßenverkehr schützen. Er gibt zu bedenken, dass bei Einstellung der Radwegeneubauten dieser Bereich zukünftig dann nicht mehr berücksichtigt werden könne. Er weist darauf hin, dass ein diesbzgl. Antrag an die Kreisverwaltung gestellt worden sei und er auch eine Antwort dahingehend erhalten habe, dass eine Verlängerung in Betracht gezogen werde. Aufgrund der Beratungen des Straßenbauausschusses, wonach der Neubau von Radwegen an Kreisstraßen zunächst abgeschlossen sei, habe er jedoch die Befürchtung, dass dieser Teilbereich zukünftig ohne Radweg sein werde. Er fragt nach, ob

beim Bau des Radweges an der K 349 eine Verlängerung für den besagten Bereich in die Planung mit aufgenommen werden könne.

LR Bensberg führt aus, dass dem Straßenbauausschuss vorgeschlagen werde, eine Verlängerung des Fahrradweges mit dem Neubau des Radweges an der K 349 zu verknüpfen.

**Zu TOP 7 Ergänzung des Sozialausschusses um beratende Mitglieder
Vorlage: BV/182/2017**

Es wird einstimmig beschlossen:

In den Sozialausschuss werden als Vertreter des Seniorenbeirates Herr Gotthard Schönbrunn, Wiefelstede und als Stellvertreter Herr Hans-Walter Schmidt, Rastede berufen.

**Zu TOP 8 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters des Landkreises Ammerland im Aufsichtsrat der DEULA Westerstede
Vorlage: BV/195/2017**

KA Frau Bruns schlägt seitens der CDU-Fraktion KA Finke als Vertreter des Landkreises Ammerland im Aufsichtsrat der DEULA Westerstede vor.

Eine geheime Wahl wird nicht beantragt.

KA Köster führt aus, dass die Fraktion B90/DIE GRÜNEN mit der Vorgehensweise der Besetzung der Vertretungen in den Beteiligungen durch die CDU- und SPD-Fraktion nicht einverstanden sei. Um das Wahlverfahren aber nicht unnötig zu verlängern, werde kein eigener Kandidat zur Wahl gestellt. Man werde aber nicht einstimmig zustimmen.

Als Vertreter/in im Aufsichtsrat der DEULA Westerstede GmbH wird mit einer Gegenstimme und drei Enthaltungen mehrheitlich gewählt:

Mitglied: KA Jochen Finke

**Zu TOP 9 Besetzung des Schulausschusses
Vorlage: BV/181/2017**

Es wird einstimmig beschlossen:

Als Elternvertreterin für das berufsbildende Schulwesen werden Frau Christina Plep, Wiefelstede und als Ersatzmitglied Frau Christel Oetken, Bad Zwischenahn, in den Schulausschuss berufen.

Als Vertreter der Schülerinnen und Schüler für das berufsbildende Schulwesen wird Herr Lukas Fröschke, Bad Zwischenahn, in den Schulausschuss berufen.

Zu TOP 10 Bestimmung eines Vertreters des Städte- und Gemeindebundes Kreisverband Ammerland und eines Stellvertreters für den örtlichen Beirat gem. § 18 d SGB II
Vorlage: BV/180/2017

Es wird einstimmig beschlossen:

In den örtlichen Beirat für das Jobcenter Ammerland werden als Vertreter des Städte- und Gemeindebundes Herr Bürgermeister Matthias Huber, Apen, und als Stellvertreter Herr stellv. Bürgermeister Johann Hasselhorst, Apen, berufen.

Zu TOP 11 Beamte auf Zeit; Erster Kreisrat und Kreisrat - Verzicht auf Ausschreibungen
Vorlage: BV/189/2017

EKR Kappelman und KR Rabe verlassen den Beratungsraum.

LR Bensberg lobt die stets angenehme Zusammenarbeit und die seit vielen Jahren erfolgreiche Arbeit von EKR Kappelman und KR Rabe. Beide hätten sich innerhalb des Ammerlandes und darüber hinaus zu Recht einen hervorragenden Ruf erworben. Er bittet darum, EKR Kappelman und KR Rabe auch für die nächsten acht Jahre Vertrauen zu schenken und bittet um den Verzicht auf Ausschreibung der Stellen und um Wiederwahl.

Der Kreistag beschließt einstimmig im Einvernehmen mit dem Landrat, von der Ausschreibung der Stellen des Ersten Kreisrates und des Kreisrates abzusehen, weil beabsichtigt ist, die bisherigen Stelleninhaber zu wählen.

Zu TOP 12 Beamter auf Zeit; Wahl des Ersten Kreisrates
Vorlage: BV/190/2017

Auf Vorschlag des Landrates wird für eine Amtszeit von acht Jahren, beginnend ab dem 01.01.2018, Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelman einstimmig erneut zum Ersten Kreisrat gewählt.

Zu TOP 13 Beamter auf Zeit; Wahl des Kreisrates
Vorlage: BV/191/2017

Auf Vorschlag des Landrates wird für eine Amtszeit von acht Jahren, beginnend ab dem 01.01.2018, Herr Kreisrat Rabe einstimmig erneut zum Kreisrat gewählt.

Zu TOP 14 Abberufung und Berufung von Prüferinnen des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 154 Abs. 2 NKomVG
Vorlage: BV/179/2017

KA Köster fragt nach, warum Frau Reiter erst zum 01.04.2017 zur technischen Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes berufen werde, obwohl sie schon seit dem

01.01.2017 beim Landkreis angestellt sei. Er fragt des Weiteren, ob Frau Reiter extra für diese Stelle eingestellt worden sei und ob ihre Ausbildung für die Tätigkeit als technische Prüferin geeignet sei.

KVD Denker erläutert, dass es sich um eine übliche Praxis handele, neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Einarbeitungszeit zu gewähren, bevor die vollinhaltliche Verantwortlichkeit, in diesem Fall für die Prüfertätigkeit, übertragen werde. Daher gebe es zwischen Einstellung und Berufung einen zeitlichen Abstand. Er führt weiter aus, dass die Aufgabe der technischen Prüferin beim RPA insbesondere die Prüfung von Abrechnungen und das Nachvollziehen von Kalkulationen beinhalte und diese Tätigkeiten eine entsprechende Qualifikation voraussetzen würden. Diese Voraussetzungen seien bei Frau Reiter erfüllt.

Es wird einstimmig beschlossen:

Kreisoberinspektorin Ina de Buhr wird rückwirkend zum 01.03.2017 als Prüferin für den Bereich Kassenwesen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 154 Abs. 2 NKomVG abberufen.

Frau Susanne Reiter wird mit Wirkung zum 01.04.2017, zunächst befristet bis zum 31.12.2018, als technische Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes berufen.

**Zu TOP 15 Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Senats für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) bei dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht
Vorlage: BV/183/2017**

Herr Friedo Lübkeermann wird einstimmig für die Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Senats für Flurbereinigung bei dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht vorgeschlagen.

**Zu TOP 16 Evaluation des Klimaschutz- und Energiekonzeptes 2017
Vorlage: MV/083/2017**

KA Köster geht auf den Energiebericht ein, mit dem eine Reduzierung des CO₂ Ausstoßes um 20 % bis zum Jahr 2020 angestrebt werde. Dieses Ziel habe die Fraktion B90/DIE GRÜNEN immer sehr intensiv durch den Energiebericht verfolgt und begleitet gesehen. Im Jahr 2014 sei eine CO₂ Reduzierung von 6 % und im Jahr 2016 von knapp 8 % erreicht worden. Diese Zahlen würden von einer Reduzierung um 20 % sehr weit entfernt liegen. Er fragt nach, ob und in welcher Form an dem Ziel der Reduzierung des CO₂ Ausstoßes von 20 % festgehalten werde und ob dem Wirtschaftsausschuss in den nächsten Jahren die Ergebnisse weiterhin vorgelegt werden. Er ist der Meinung, dass am Ziel der Reduzierung des CO₂ Ausstoßes festgehalten werden solle.

EKR Kappelmann antwortet, dass an dem Ziel der Reduzierung des CO₂ Ausstoßes um 20 % bis zum Jahr 2020 festgehalten werde. Eine Änderung des Zielwertes sei auch nur durch einen Kreistagsbeschluss möglich. Er führt aus, dass die Zielerreichung bis 2020 schwierig werde, aber nicht ausgeschlossen sei. Er verweist dies-

bzgl. u. a. auf den Neubau des Bildungs- und Beratungszentrums, der energetisch deutlich besser ausgestattet werde, als das derzeit genutzte Gebäude, das nach dem Neubau aufgegeben werde. Allein dadurch werde sich der CO₂ Ausstoß für die Gebäude reduzieren. Er führt weiter aus, dass sich der Verzicht der Evaluation nur auf die Maßnahmen beschränke, bei denen das Ziel bereits erreicht sei. Des Weiteren habe die Arbeitsgruppe aus Vertretern des Kreistages und der Kreisverwaltung sich intensiv mit Einzelheiten beschäftigt und sei bei einigen Maßnahmen zu dem Schluss gekommen, dass sie entweder inhaltlich oder aus anderen Gründen zurzeit nicht umsetzbar seien. Auf die Evaluation dieser Maßnahmen solle zukünftig im Bericht ebenfalls verzichtet werden. Über die verbleibenden Maßnahmen werde selbstverständlich zukünftig berichtet. Die Arbeitsgruppe werde im Laufe des Jahres darüber hinaus auch über weitere oder ergänzende Maßnahmen beraten.

KA Brunßen führt aus, dass in den letzten Jahren viele Ziele erreicht worden seien. Nach dem Kreistagsbeschluss vor fünf Jahren habe die Arbeitsgruppe Details zu den 35 Einzelmaßnahmen besprochen. Inzwischen seien 17 Maßnahmen abgeschlossen und 9 Maßnahmen seien noch in der Umsetzung. Einige Maßnahmen seien aus verschiedenen Gründen nicht umsetzbar. Im Vergleich zu anderen Landkreisen sei der Landkreis Ammerland sehr viel weiter und handele vorbildlich gegenüber anderen Landkreisen. Er gibt KA Köster recht, dass eine Reduzierung des CO₂ Ausstoßes um 6,1 % nicht das angestrebte Ziel sei. Man dürfe aber nicht die Flüchtlingsunterbringung in der BBS vergessen, die eine Menge an zusätzlichem Energieaufwand mit sich gebracht habe und eine stärkere Reduzierung des CO₂ Ausstoßes verhindert habe. Bis zum Jahr 2020 könne noch viel erreicht werden.

KA Brunßen weist weiter darauf hin, dass der Anteil des aus regenerativer Stromerzeugung produzierten Gesamtstrombedarfes des Ammerlandes bis zum Jahr 2020 auf 50 % erhöht werden solle. Im Jahr 2016 sei man schon bei 47 % angelangt und habe somit das Ziel fast erreicht. Die Arbeitsgruppe werde auch weiterhin über Maßnahmen beraten. Bisher seien ca. 80 % der angestrebten Maßnahmen erreicht und das halte er für sehr erfolgreich. Der Landkreis Ammerland befinde sich auf einem guten Weg

KA Kramer gibt den Ausführungen von KA Brunßen recht. Der Landkreis habe vieles erreicht und die Arbeitsgruppe werde sich weiter treffen. Er ist der Meinung, dass sich jede Fraktion überlegen müsse, welche weiteren Maßnahmen in die Umsetzung kommen könnten. Es könne noch mehr erreicht werden, wenn erneuerbare Energie in den Vordergrund gestellt werde.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 17 Erweiterung des schulischen Angebots der Berufsbildenden Schulen Ammerland - Errichtung des Bildungsganges Fachschule - Fachrichtung Sozialpädagogik
Vorlage: BV/170/2017**

KA Miks zeigt sich erfreut, dass die Einrichtung des Bildungsganges Zweijährige Fachschule – Fachrichtung Sozialpädagogik am Schulstandort Rostrup zum Schuljahr 2017/2018 eingerichtet wird. Es sei bekannt, dass ein akuter Erziehermangel vorliege und die Erweiterung des schulischen Angebots sei ein Schritt in die richtige Richtung. Damit könne die gesamte vierjährige Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin im Landkreis Ammerland stattfinden und es bestehe die berechtigte Hoffnung,

dass die ausgebildeten Fachkräfte nach der Ausbildung in Einrichtungen im Landkreis Ammerland verbleiben werden.

KA Weden führt aus, dass die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin eine schulische Ausbildung sei und nicht vergütet werde. Das bedeute eine Kritik am System und es sei wünschenswert, dass die Regierung dies für die Zukunft überdenke. Für den Landkreis Ammerland sei wichtig, dass nach der Ausbildung zum Sozialassistenten/zur Sozialassistentin eine weiterführende Klasse zum Erzieher/zur Erzieherin am gleichen Schulstandort angeboten werde, damit Ammerländer Schülerinnen und Schüler nicht an Oldenburger Schulen in eine Warteschlange kommen. Mit der Erweiterung des Bildungsganges Zweijährige Fachschule – Fachrichtung Sozialpädagogik am Schulstandort Rostrup bleibe zu hoffen, dass alle Klassen der Sozialassistenten/Sozialassistentinnen in den neuen Bildungsgang ausgebildet werden können. Der Bedarf in den Kindertagesstätten sei gegeben.

KA Hohnholz führt aus, dass die CDU-Fraktion sich dem Wunsch der BBS Rostrup anschließen könne. Eine bestehende Lücke sei erkannt worden und werde mit der Einrichtung des Bildungsganges geschlossen. Eine Schließung dieser Lücke sei nicht nur für die Schülerinnen und Schüler von Vorteil, sondern auch für die Familien, die damit ihre Kinder gut betreut wüßten. Wichtig sei, dass die Schüler und Schülerinnen am Schulstandort Rostrup im Anschluss an die Ausbildung zum Sozialassistenten/zur Sozialassistentin zum Erzieher/zur Erzieherin unterrichtet und ausgebildet werden können und es müsse gemeinsam mit der Politik für eine entsprechende Lehrerversorgung gesorgt werden, sodass eine umfangreiche Ausbildung gewährleistet sei.

KA Herr Bruns führt aus, dass die FDP-Fraktion eine Erweiterung des schulischen Angebotes am Schulstandort Rostrup befürworte. Die personelle Ausstattung sowie die zur Verfügung stehenden Räume seien vorhanden. Mit der Erweiterung des schulischen Angebotes würden den Schülerinnen und Schülern ein Wechsel zu anderen Schulen und evtl. Warteschlangen für die Aufnahme in diesen Schulen erspart.

Es wird einstimmig vorgeschlagen:

Am Schulstandort in Rostrup wird zum Schuljahr 2017/2018 der Bildungsgang Zweijährige Fachschule – Fachrichtung Sozialpädagogik eingerichtet.

Zu TOP 18 Neubau und Ersatzbau von Radwegen an Kreisstraßen Vorlage: BV/175/2017

KA Lamers geht auf die Ausführungen des Vorsitzenden des OBV Torsholt, Herrn Harms, ein. Diese zeigten das hohe Interesse der Bürger am Bau von Radwegen an Kreisstraßen. Sie geht auf den Neubau des Radweges an der Torsholter Hauptstraße ein, für den das Planfeststellungsverfahren zum 30.09.2017 abgeschlossen werden solle, damit dieser in das Jahresbauprogramm 2018 aufgenommen werden könne. Eine Verlängerung des Radweges von der Ortsmitte bis zum Ortsausgang Richtung Mansie werde im nächsten Straßenbauausschuss vorgestellt werden. Des Weiteren gehe es um den Ersatzbau des Streckenabschnittes an der K 114 von Ihausen nach Hollriede und an der K 347 im Bereich der Autobahnabfahrt in Hollwege, für die

Planungsaufträge auf den Weg gebracht werden sollen. In den vergangenen Jahren sei viel Geld für den Radwegebau und die Radwegesanierung in die Hand genommen worden. Bei der Straßenbereisung habe man erkennen können, dass durch die Neubauten nach Abschluss des Neubaus an der K 349 im Landkreis Ammerland ein gutes Radwegenetz vorhanden sei. Damit könne das Neubauprogramm zunächst abgeschlossen werden und der Kreistag könne sich in der Priorität auf die Instandhaltung und den Ersatzbau von Radwegen konzentrieren.

Die CDU-Fraktion stelle den Antrag an die Verwaltung, zukünftig bei den Ersatzbauten zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, sogenannte Radschnellwege zu errichten. Aufgrund der Veränderung in der Gesellschaft und dem damit verbundenen vermehrten Einsatz von E-Bikes und Pedelecs würde sich auch die Nutzung der Radwege verändern. Die CDU-Fraktion wolle auf diese Veränderung reagieren. Es handele sich um ein ambitioniertes, mit Kosten versehenes Vorhaben und es sei wünschenswert, wenn die Verwaltung dieses Projekt umfangreich prüfe und zu gegebener Zeit einen Vorschlag unterbreiten könne, der evtl. zu einem Pilotprojekt heranreifen könne.

KA Oeltjen führt aus, dass seines Wissens Radschnellwege in Nordrhein-Westfalen in Planung seien, mit denen Städte miteinander verbunden werden sollen. Dabei handele es sich um Neubauten von Radwegen, die nicht an den Straßen liegen würden. Eine Überprüfung und die Erkenntnisse zum Bau von Radschnellwegen durch die Verwaltung blieben abzuwarten.

KA Oeltjen geht im Weiteren auf den Neu- und Ersatzbau von Radwegen ein. Der Radweg von Torsholt nach Mansie werde als nächstes Projekt auf den Weg gebracht und danach sollen Planungsaufträge für zwei Radwegeersatzbauten in Angriff genommen werden. Darauf könne der Landkreis Ammerland stolz sein, weil der Radwegebau im Ammerland eine Erfolgsgeschichte sei, die in den letzten Jahren zum Abschluss gebracht werden konnte. Er erinnert daran, dass der Landkreis Ammerland an Bundes- und Landesstraßen zu 100 % mit Radwegen ausgestattet sei. Nach Abschluss der Radwegeneubauten im Landkreis Ammerland seien ca.90 % aller Kreisstraßen mit Radwegen ausgestattet und darüber könne man froh und stolz sein. Ein gut ausgebautes Radwegenetz sei für die Verkehrssicherheit und für den Radwandertourismus von großer Bedeutung. Die fehlenden 10 % Radwege an Kreisstraßen würden sich an Straßen befinden, an denen ein Radwegebau nicht sinnvoll sei. Er geht kurz auf die noch vorzunehmenden Radwegeersatzbauten ein, insbesondere auf den Radweg an der K 114 von Ihausen nach Hollriede.

KA Herr Bruns führt aus, dass es aufgrund des gut ausgebauten Radwegenetzes Spaß mache, im Ammerland Fahrrad zu fahren. Er nimmt kurz Bezug auf Schnellradwege. Für die FDP-Fraktion sei es absolute Priorität, dass die vorhandenen Radwege in einem guten Zustand erhalten und in einem Ausbaumaß hergestellt seien das letztlich den Fahrradfahrer verpflichte, den Radweg auch zu nutzen. Dieses Maß werde nicht auf allen Fahrradwegen eingehalten und die Radwegebenutzungspflicht müsse auf diesen Strecken aufgehoben werden.

KA Hots stimmt den Vorrednern zu, dass mit dem Radwegeneubau im Ammerland viel erreicht worden sei. Er habe sich besonders darüber gefreut, dass der Radweg an der K 114 in die Planung aufgenommen worden sei und dass der Radweg an der K 105 fast fertiggestellt sei.

KA Frau Bruns führt ergänzend zum Antrag der Überprüfung von Radschnellwegen aus, dass es sich bei dem Antrag vorerst um eine Anregung handele. Man erwarte nicht, dass es schnell zu einer Umsetzung kommen werde. Es handele sich um ein neues Thema, mit dem sich der Straßenbauausschuss zukünftig befassen solle.

KA Meiwald führt aus, dass es erfreulich sei, dass der Landkreis Ammerland in Bezug auf Fahrradwege auf einem guten Wege sei. Er weist auf einen Solarfahrradweg in den Niederlanden hin. Erste Ergebnisse hätten dort ergeben, dass die Energieerträge deutlich höher als erwartet ausgefallen seien. Er regt an, Solarfahrradwege für weitere Planungen zu berücksichtigen,

KA Woltmann hält den Bau von Fahrradwegen für ein sehr wichtiges Thema und verknüpft das Thema mit dem Tagesordnungspunkt zum Klimaschutz. Sie ist der Meinung, dass immer mehr Bürger auf das Fahrrad und vermehrt auf E-Bikes umsteigen und das Auto stehen lassen werden. Dies sei wichtig für den Klimaschutz und müsse gefördert werden. Die Überprüfung für den Bau von Radschnellwegen und ggf. eine Verbindung zu Solarradwegen halte sie ebenfalls für wichtig.

Es wird einstimmig beschlossen:

a)

Der Neubau eines Radweges an der K 349 (Torsholter Hauptstraße) von Willbrok nach Torsholt wird vorbehaltlich der Herstellung der Baureife bis zum 30.09.2017 für das Jahresbauprogramm 2018 angemeldet.

b)

Die Verwaltung wird beauftragt, Planungsaufträge für den Ersatzbau von Radwegen für die Streckenabschnitte an der K 114 (Ihausen-Hollriede) und der K 347 (BAB-Abfahrt Westerstede-West - Hollwege) zu vergeben. Die voraussichtlichen Planungskosten in Höhe von 190.000 € werden zunächst überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt über Mehrerträge bei den Finanzausgleichsleistungen.

Zu TOP 19 Verschleißdecken- und Moorstreckenerneuerungsprogramm 2017 Vorlage: BV/176/2017

KA Wilters führt aus, dass die CDU-Fraktion es sehr begrüße, dass 1,5 Mio. Euro für die Sanierung der Verschleißdecken auf Kreisstraßen bereitgestellt werden. Des Weiteren sei zu begrüßen, dass der Betrag für das Moorstreckenerneuerungsprogramm auf 150.000,00 € erhöht worden sei. Es müsse beobachtet werden, inwieweit dieser Betrag auskömmlich sei. Ggf. müsse der Betrag weiter aufgestockt werden, um sichere Straßen zur Verfügung stellen zu können.

Für das Programmjahr 2017 werden die folgenden Maßnahmen zur Durchführung einstimmig beschlossen:

1. Erneuerung der K 347 (Halstrup bis Hollwege) von km 28,950 bis km 30,950
Kostenanschlag: 420.000,00 €

2. Erneuerung der K 114 (Tarbarg-Halsbek, 1. Bauabschnitt) von km 18,700 bis km 19.385
Kostenanschlag: 130.000,00 €
3. Sanierung einzelner Schadhstellen auf verschiedenen Kreisstraßen
Kostenanschlag: 100.000,00 €
4. Moorstreckensanierung auf verschiedenen Kreisstraßen
Kostenanschlag: 150.000,00 €

Zu TOP 20 Radwegeerneuerungsprogramm 2017
Vorlage: MV/071/2017

Für das Programmjahr 2017 werden die folgenden Maßnahmen zur Durchführung einstimmig beschlossen:

1. Erneuerung des Radweges an der K 125 (Rostrup-Elmendorf) von km 1,400 bis km 4,230
Kostenanschlag: 140.000,00 €
2. Erneuerung des Radweges an der K 126 (Aue-Dreibergen/Dreibergen-Elmendorf) von km 2,100 bis km 3,675 und von km 3,925 bis km 4,200
Kostenanschlag: 120.000,00 €
3. Erneuerung einzelner Schadhstellen an verschiedenen Kreisstraßen
Kostenanschlag: 30.000,00 €

Zu TOP 21 Verkehrssicherheitskampagne
Vorlage: MV/072/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 22 Bedarfsplan für den Rettungsdienst 2017
Vorlage: BV/154/2016

KA Woltmann berichtet von der Gesellschafterversammlung des Rettungsdienstes am 7. Dezember 2016. Sie dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rettungsdienstes für die gute und erfolgreiche Arbeit. Sie führt aus, dass es bei der Bedarfsplanung um die Notfallrettung und um die Ausweitung des qualifizierten Krankentransportes gehe. Der Rettungsdienst habe Landesvorgaben einzuhalten, die u. a. vorschreiben, dass bei der Notfallrettung bei 95 % der Einsätze eine Erreichbarkeit durch das erste Rettungsmittel innerhalb von 15 Minuten gewährleistet sein müsse. Der Rettungsdienst liege etwas über dieser Zeit und benötige etwa 15,23 Minuten. Dafür werde ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Einsatznotfallkonzept benötigt und insofern müsse zusätzliches Personal eingestellt werden. Es bestehe die

Notwendigkeit, die Anzahl der Stellen von zurzeit 87 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf 104 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzuheben, um die Landesvorgaben erfüllen zu können. Geeignetes Personal zu finden stelle sich aber als ein großes Problem dar. Der Rettungsdienst sei dazu übergegangen, Personal selber auszubilden. Zurzeit würden 12 Rettungssanitäter ausgebildet. Des Weiteren würden zwei zusätzliche Krankentransportfahrzeuge benötigt.

LR Bensberg stellt klar, dass der Rettungsdienst Ammerland grundsätzlich kein Problem damit habe, innerhalb von 15 Minuten die Einsatzorte zu erreichen. Nur in einem kleinen Teilbereich komme es zu minimal längeren Anfahrtzeiten, die bereinigt werden sollen.

KA Lukoschus bestätigt, dass der Rettungsdienst Ammerland sehr gut aufgestellt sei; aufgrund seiner beruflichen Situation habe er sich des Öfteren davon überzeugen können. Der Geschäftsführer und das Personal des Rettungsdienstes Ammerland würden hervorragend arbeiten. GF Peter mache durch seine Tätigkeit in verschiedenen Verbänden überregional Werbung für den Landkreis Ammerland. Bei der Einhaltung der Hilfsfristen sei man im Ammerland in Relation zu anderen Landkreisen und Bundesländern sehr gut aufgestellt. Er geht in seinen Ausführungen auf die Bedarfsplanung und den Bedarf an entsprechendem Personal ein. Es sei richtig, qualifiziertes Personal selber auszubilden. Das zusätzlich benötigte Personal und die zusätzlichen Fahrzeuge würden benötigt, um den höheren Ansprüchen des Rettungsdienstes gerecht zu werden. Er geht im Weiteren auf die allgemeine Situation von Krankentransporten ein, die zum Teil von Taxen oder Familienangehörigen erledigt werden könnten. Zum anderen würden an Wochenenden oder außerhalb der Sprechstunden der niedergelassenen Ärzte Krankentransporte in Anspruch genommen, um möglichst ohne lange Wartezeiten im Notfallbereich der Ammerland-Klinik behandelt zu werden. Dabei handele es sich um ein gesellschaftliches Problem, das durch den Rettungsdienst aufgefangen werden müsse.

Der Bedarfsplan für den Rettungsdienst 2017 wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 23 Mitteilungen des Landrates

LR Bensberg teilt mit, dass KA Woltmann am 23. Januar 60 Jahre und KA Erhardt am 4. Februar 50 Jahre alt geworden seien. Der Ehrenkreistagsabgeordnete und ehemalige Landrat Bühring sei am 8. Januar 80 Jahre und der ehemalige LR Osmers sei am 7. März 75 Jahre alt geworden.

Zu TOP 24 Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise

Zu TOP 25 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen

Zu TOP 26 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Taeger schließt die öffentliche Sitzung.